

Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.:

# PEGELSTAND ELBINSEL



Der Verein „Mehr Demokratie“ weiß, wie man erfolgreich dicke Bretter bohrt: In Hamburg wurde ein neues Wahlrecht durchgesetzt, mit dem jetzt auch Kandidaten/ Kandidatinnen außerhalb der Parteienhierarchie eine Chance haben. Und seit dem Gesetz für Volksentscheide haben alle Hamburger\_innen auch zwischen den Wahlen ein wichtiges Wörtchen mitzureden. Als der Volksentscheid gegen die Privatisierung der Krankenhäuser vom Senat dennoch kassiert wurde, setzte „Mehr Demokratie“ die Verbindlichkeit von Volksentscheiden durch – das ging ja jetzt per Volksentscheid.

Derzeit bringt „Mehr Demokratie“ **zwei neue Volksinitiativen** auf den Weg.

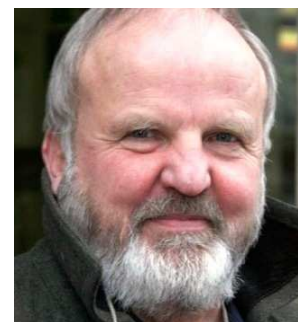
**Volksinitiative Nr. 1: Verfassungsänderungen sollen künftig nur mit Zustimmung des Volkes möglich sein - per Volksentscheid.**

Der Anlass: Kürzlich erklärte das Hamburgische Verfassungsgericht eine gesetzliche Regelung zum Wahlrecht (Prozenthürde) für verfassungswidrig. Diese hätte die etablierten Parteien begünstigt. Daraufhin änderte die Bürgerschaft kurzerhand die hamburgische Verfassung, um ihre Ziele doch noch zu erreichen.

**Volksinitiative Nr. 2: Bürger sollen lokale Angelegenheiten direkt entscheiden können.** Dazu brauchen die Bezirke (derzeit sind sie Verwaltungsorgane des Senats) abschließende Entscheidungskompetenzen - so wie die Gemeinden in den Flächenländern. Also kommunale Selbstverwaltung, wie sie das Grundgesetz in Art. 28 vorsieht. Dann können bezirkliche Volksentscheide auch nicht weiterhin vom Senat kassiert werden, wenn sie ihm nicht passen. Beispiele dafür waren: die Volksentscheide zum Bismarckbad, zum Bebauungsplan Langenhorn 73, zur Rettung des Freibades in Ohlsdorf. Oder das Bürgerbegehren für den Erhalt des Harburger Beach-Clubs am Veritaskai, das von Bezirksversammlung und Bezirksamt unterstützt wurde. Dennoch evozierte die Finanzbehörde, um dort hochwertige Bebauung durchzusetzen.

**Der Aufschrei bei einigen Parteien auf diese Vorschläge ist groß und ziemlich polemisch:** Soll damit die seit 1937 bestehende Hamburger Einheitsgemeinde wieder zerschlagen werden? Was wird aus dem Hafen, dem HVV, der Energieversorgung...?

Mit Manfred Brandt von „Mehr Demokratie e.V.“ wollen wir über die politische Bedeutung dieser beiden Volksinitiativen sprechen. Sind sie ein Mittel gegen lokale Ohnmacht und Politikerverdrossenheit? Welche Auswirkungen hätte es, wenn Wilhelmsburg ein eigener Bezirk mit echter kommunaler Selbstverwaltung wäre? Und: Ist ein solches Modell in einer Metropole wie Hamburg überhaupt möglich und sinnvoll? Steigert das nicht Bürokratie und Kosten?



Die Moderation hat Hartmut Sauer.

Dr. Manfred Brandt aus Moorburg

Mittwoch, 25. Februar 2015 - 19:00 Uhr // Bürgerhaus Wilhelmsburg

**Wählen wir demnächst unsere eigene  
Bezirksversammlung für Wilhelmsburg  
mit echter kommunaler Selbstverwaltung?**

Fragen an MANFRED BRANDT von „Mehr Demokratie“

Mehr Infos zum Thema und zur Reihe Pegelstand: [www.zukunft-elbinsel.de](http://www.zukunft-elbinsel.de)